

(Abgeordneter Dr. Mentz-Glückert.)

(A) das uns getroffen, noch längst nicht voll sei, wir seien noch nicht an der Talsohle, wir müßten noch ganz anders ins Elend hinein. Erst das tiefste Unglück werde uns für den Sozialismus reif machen. Das Sozialisieren gehe um so leichter vor sich, je mehr vom Alten in Trümmern liege. Der Fluch der gegenwärtigen Lage sei, daß noch zuviel vom Alten stehe und daß das Bürgertum sich bemühe, diese Reste zu stützen. Dadurch werde das Kommen einer neuen Zeit nur erschwert.

Ich komme zum Ausgangspunkt meiner Abschweifung zurück. Herr Seger ist der friedlichere, Dr. Geiger dagegen ist derjenige, den es geradezu anreizt, in gewaltfamer Weise gegen das Bürgertum vorzugehen und dem Bürgertum zu zeigen, daß jetzt die Zeit der Herrschaft des Proletariats gekommen ist, daß jetzt die Stunde schlägt, wo das Proletariat seine Diktatur aufrichten kann.

In der Versammlung am 25. Februar wurde trotz aller abmahnenden Reden des Herrn Seger, der sagte, man müsse doch, wenn man in eine Streikbewegung eintrete, zunächst sich darüber klar sein, was man mit dem Streik erreichen wolle, beschlossen, in den Generalstreik einzutreten. Am Mittwoch, dem 26. Februar, hat eine Abstimmung in den einzelnen Betrieben stattgefunden. Bei dieser Abstimmung haben angeblich 40000 für und 5000 Stimmen gegen den Generalstreik gestimmt. Es ist klar, diese Stimmen repräsentieren längst nicht die gesamte Leipziger Arbeiterschaft. Nach Mitteilungen, die mir aus höchst verlässlichem Munde geworden sind, muß ich annehmen, daß diese Abstimmung sich oft in sehr sonderbaren Formen vollzogen hat. Man sollte meinen, die Unabhängigen müßten heute das größte Interesse daran haben, daß die Meinungsäußerung so frei wie irgend möglich sich dokumentieren könne. Was haben sie früher gejetert gegen die öffentliche Wahl, wenn vom preussischen Wahlrecht und von der öffentlichen Abstimmung die Rede war! Wenn man jetzt sieht, wie die Unabhängigen es sind, die immer auf öffentliche Abstimmung drängen, so wird man an der Gesinnungsreinheit dieser Leute etwas irre. Sie wenden das gleiche Mittel der Einschüchterung an, das sie früher den preussischen Junkern zum Vorwurfe machten. Wo sie können, verhindern sie die geheime Abstimmung. Fast überall hat sich nämlich herausgestellt, daß, wenn die Arbeiter geheim, ohne zu befürchten, daß sie terrorisiert werden, über die Streikfrage abstimmen, sie meist für ein Unterlassen des Streiks sich entscheiden. Ich verweise auf die Abstimmung der Bechenbelegschaften im Ruhrgebiet, weiter auf die Abstimmung, die jetzt in Berlin stattgefunden hat. Dort erklärten sich in über 80 Betrieben nur etwas über 8000 für den Streik und über 20000 oder sogar 30000 dagegen. Und man darf

ganz getrost sagen: hätte in Leipzig eine Abstimmung unter ähnlichen Verhältnissen stattgefunden, dann hätte wahrscheinlich die Arbeiterschaft bei geheimer Abstimmung sich genau so gegen den Streik ausgesprochen. Es gibt eine ganze Menge von Arbeitswilligen, ich selbst habe eine ganze Anzahl von solchen gesprochen, die mir geklagt haben, unter dem Eindruck welchen Terrors sie bei der Abstimmung standen. Ganz besonders ist das der Fall gewesen bei den Eisenbahnbeamten. Die Eisenbahnbeamten sind klüger gewesen als die Streikleitung. Sie waren sich über die verhängnisvolle Wirkung des Generalstreiks für Handel und Wandel und für das Heranschaffen von Lebensmitteln völlig klar. Ein großer Teil dieser arbeitswilligen Eisenbahner hat immer wieder von neuem versucht, die Arbeit aufzunehmen, aber das ist ihnen nicht erlaubt worden. Die Streikleitung hat versucht, nicht nur in Leipzig den Streik zu inszenieren, sondern ihn auch auf die Vororte auszudehnen. Die Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs erfolgte erst bei Borsdorf und jetzt bei Wurzen. Im Süden hat man das gleiche in Gaschwitz versucht. Hier ist es dem Obervorsteher und seinen Beamten zuzuschreiben, wenn die Sperre sich nicht über Gaschwitz ausgedehnt hat. Ich habe den Bahnhofsvorsteher gebeten, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um den Verkehr aufrechtzuerhalten und sich durch keinerlei Drohungen einschüchtern zu lassen. (D) An solchen hat es nicht gefehlt. Es erschienen Matrosen, die die Einstellung des Betriebs erzwingen wollten. Die Beamten haben darauf eine Entschließung gefaßt, die ich doch mitteilen will:

Wir bedauern das Übergreifen des gegenwärtigen Generalstreikes auf den Betrieb der Eisenbahnen. Wir erheben Einspruch gegen die Bedrohung der arbeitswilligen Eisenbahner.

Eine erfolgreiche Gegenwirkung gegen die Arbeitsbehinderung im Eisenbahnbetriebe können wir allerdings nur in einem einheitlichen Vorgehen der Regierung erblicken, alle Teilmaßnahmen — besondere Beamtenstreiks oder dergleichen — würden nur weitere tiefgehende Verbitterung schaffen und eine Verschärfung der Lage bedeuten.

Von der Einsicht der den Streik tragenden Staatsarbeiterschaft erhoffen wir eine baldige Beendigung des für die durch den Krieg erschütterte Volkswohlfahrt so verhängnisvollen Streikes im Eisenbahnbetriebe.

Gegenüber den Ausführungen eines vom A- und S-Rat als Streikleitung in Leipzig herausgegebenen Flugblattes erklären wir, daß die Eisenbahnbeamenschaft keinen Streik beschlossen hat, daß sie vielmehr gegen diesen Streik ist.

Der Streik in Leipzig ist deswegen so unheilvoll, weil er die Gas- und Elektrizitätswerke in Mitleidenschaft gezogen hat. Durch den Streik der Gas- und Elektrizitätsarbeiter